

Fernsehen und Wahlkampf

Politik mit der Kamera?

Der Druck der Unionsparteien auf die elektronischen Medien wächst

Von Rolf Zundel

Alle Parteien gehen davon aus, daß die Bundestagswahl im Fernsehen entschieden wird; sie unterscheiden sich nur insoweit voneinander, als die Union dies auch laut sagt, sehr laut sogar mißt. Das war schon nach der Wahl von 1976 so, als der damalige CDU-Generalsekretär Biedenkopf die Fernsehjournalisten für den engagierten Wahlkampf lobte, machte, dies ist auch jetzt so; allerdings benutzt die Union gegenwärtig mehr die Methode der vorsichtlichen Drohung: Manipulation würde nicht gelohnt. Insbesondere die CSU hat in den letzten Monaten fast jede wirkliche und vermeintliche Abweichung vom Tugendpfad der Ausgewogenheit mit drastischen Protesten belegt.

Auffällig ist, daß die Sozialdemokraten sich gegenwärtig eines pflichtlichen Umgangs mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten befleißigen, obwohl auch sie manchen Grund zum Protest hätten. Sie schlucken den Ärger. Teils aus taktischen Überlegungen: Wenn die Union die Journalisten gegen sich aufbringen will, sollte man ihr die freie Bahn lassen; teils aus Überzeugung: Sie glauben, daß in der Summe tatsächlich ausgewogen berichtet wird, und diesen Zustand möchten sie gern erhalten.

Kunststück, antworten darauf Politiker der Union, die Sozialliberalen können ja auch zufrieden sein mit ihren „linken Meinungsmachern“. Und sie weisen dabei auf den unbestreitbaren Sachverhalt, daß die Mehrzahl der Journalisten in den öffentlich-rechtlichen Anstalten — wie übrigens auch in den anderen Medien — der Koalition nähersteht.

Diese Tatsache hatte die Demoskopin Frau Noelle-Neumann im Wahljahr 1976 zu der Vermutung geführt, die politische Einschätzung der Fernsehjournalisten habe sich auch den Wählern mitgeteilt. Diese Vermutung war durch den Befund gestützt, daß sich die Wählerurteile von Fernsehern und Nichtfernsehern deutlich unterscheiden, und zwar gleichgültig, ob es sich dabei um politisch interessierte oder uninteressierte Bürger handelte.

Gegen diese Untersuchung und noch mehr gegen die Schlußfolgerungen daraus gab es vehementen Widerrede. Die Union hinderte dies freilich nicht, den Sündenbock für ihre Niederlage zu benennen: das Fernsehen. Ob dies tatsächlich so war, läßt sich zwar wissenschaftlich nicht beweisen, wie auch Frau Noelle-Neumann einräumte, aber die Union glaubte daran wie an eine unumstößliche Wahrheit.

Ein jüngerer Kollege von Frau Noelle-Neumann, Professor Matthias Kepplinger vom Mainzer Institut für Publizistik, hat nun versucht, den merkwürdigen Befund, daß die Fernseher die Wahlchancen der Union 1976 negativer als die Nichtfernseher einschätzten, durch neue

Untersuchungen aufzuheben. Zunächst überprüfte er die politischen Meinungsäußerungen der Fernseh- und Zeitungsjournalisten von April bis Oktober 1976. Dabei fand er das überraschende Ergebnis, daß beim gesprochenen und beim geschriebenen Wort in der Gesamttendenz so gut wie kein Unterschied vorhanden war: Beide Medien, Fernsehen und Zeitungen, waren in ihren Meinungsäußerungen ausgewogen.

Allerdings, die Ausgewogenheit kam auf verschiedene Weise zustande — in den Zeitungen (FAZ, Welt, Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Rundschau) als Ergebnis widersprüchlicher Aussagen, mit weit mehr negativen und positiven Aussagen als im Fernsehen. Die Ausgewogenheit des Fernsehens dagegen war weniger das Ergebnis verschiedener Meinungen, die einander aufwogen, sondern mehr die Folge von Meinungsabstimmungen.

Dieser Befund widerlegte die politische Vulgarfäufung der These von Frau Noelle-Neumann, daß die Fernsehjournalisten den Wählern ihre Meinung eingeredet hätten. Aber damit gab sich Kepplinger nicht zufrieden. Er arbeitete nun mit der Hypothese, die Meinung der Journalisten habe sich nicht durch das Wort, sondern durch das Bild den Wählern mitgeteilt — eine Hypothese, deren Beweis ziemlich schwierig war.

Kepplinger beschaffte sich seine Kriterien durch eine Befragung von Kameramännern, denen eine Liste von Kameraeinstellungen und der damit möglichen Wirkungen vorgelegt wurde. Dabei ergab es sich, daß der Kamera in Ausnahmehöhe die günstigsten Effekte zugeschrieben wurden, zum Beispiel Ruhe und Sympathie. Bei deutlicher Draufsicht, also bei Aufnahmen aus der Vogelperspektive, wurden meist negative Effekte erwartet: Schwäche und Leere. Bei der Aufnahme von unten, also aus der Frosperspektive, kreuzten die Kameramänner positive und negative Effekte an: Kraft und Antipathie.

Diese Kriterien wurden nun auf die politischen Sendungen angewendet, und dabei zeigte es sich, daß Helmut Schmidt in 92 Prozent der Fälle in der als günstig definierten Augenhöhe aufgenommen wurde, Kohl dagegen kam auf 87 Prozent; entsprechend häufiger war der Kanzlerkandidat der Union in der Vogel- oder Frosperspektive dargestellt, außerdem war sein Gesicht auch etwas häufiger durch Mikrophone abgedeckt. Kepplinger zog daraus den Schluß, daß die Kameramänner bemüht waren, Schmidt besonders günstig darzustellen, während sie sich bei Kohl keine derartige Mühe gaben.

Außerdem untersuchte Kepplinger positive und negative Reaktionen des Publikums auf die Politiker. Er kam dabei zu folgendem Ergebnis: Einmal waren die optischen Kommentare, also Bilder, die Zustimmung oder Ablehnung darstellten, viel häufiger als die verbalen Kommentare; zum

anderen waren die Texte der Journalisten ausgewogen, im Bild dagegen gab es deutliche Unterschiede. Zustimmung war bei Schmidt in 97 Prozent, bei Kohl nur in 75 Prozent der Fälle optisch dargestellt.

Kepplinger zog daraus den Schluß, damit sei der Eindruck vermittelt worden, daß sich „bei Schmidt und Kohl zwei Kanzlerkandidaten gegenüberstünden, von denen der eine auf einhellige Zustimmung der Bevölkerung, der andere jedoch auf massive Kritik und Ablehnung stieß“. Die häufige Darstellung von Ablehnung gegenüber Kohl... könnte ein Grund dafür gewesen sein, daß die Fernsehzuschauer zunehmend an den Siegeschancen von Kohl zweifelten. Die parteiische Kamera“, so die FAZ, war entdeckt.

Die Reaktion auf Kepplinger war ähnlich wie auf die Untersuchungen von Frau Noelle-Neumann: ein Aufschrei des Protests bei den Fernsehanstalten. Ein leitender Redakteur des Zweiten Deutschen Fernsehens, Volker von Hagen, selber gelernter Soziologe, meinte zu der Arbeit Kepplingers, hier sei das Prädikat „wissenschaftlich“ fehl am Platze, und er vermutete, „hier wolle man die bereits verlorene Meinungsschlacht um die These „das Fernsehen entscheidet die Wahl“ auf einem Nebenkriegsschauplatz nachträglich gewinnen.“

Außerhalb der öffentlich-rechtlichen Anstalten war die Reaktion anders. Die Welt, unbeeindruckt durch frühere Korrekturen, stellte fest: „Die Ergebnisse dieser Untersuchungen

stützen die These der Allensbach-Demoskopin Noelle-Neumann, nach der Fernsehleute bei der letzten Bundestagswahl dazu beigetragen haben, daß immer weniger Bürger an den Sieg der Union glaubten, was den Ausschlag zugunsten der Koalitionsparteien gegeben habe.“ Und die FAZ fragte besorgt: „Wie wird das erst 1980 sein, wenn Strauß als Spitzenkandidat der Union antreten?“

Gegen die Kepplinger-Untersuchung werden viele gewichtige methodische Einwände ins Feld geführt: Das vorgegebene Fragester für die Kameramänner sei fragwürdig; oft, und gerade bei Veranstaltungen der Union, werde das Fernsehen die Empore abgeschoben, daher die größere Häufigkeit der Vogelperspektive; handwerkliche Traditionen der Kameraführung und des Bildschnitts würden unzulässigerweise mit politischen Absichten unterlegt; die positiven Kameraeinstellungen bei Schmidt und Kohl überwogen so einseitig, daß es nicht ins Gewicht falle, wenn Kohl etwas häufiger ungünstig abkonterfeiert worden sei. Die Einwände können hier weder vollständig aufgezählt noch im einzelnen bewertet werden. Am stärksten erscheint die Untersuchung dort, wo sie sich mit der Wirkung von Kanzler und Kandidat auf das Publikum beschäftigt.

Nur, was bedeutet das? Es könnte ja sein, daß der Oppositionsleiter mehr negative Reaktionen ausgelöst hat als der Kanzler, daß also der Regierungsbonus somit relativ wirklichskei-

teu war. Gravierender noch: Was bleibt eigentlich noch als journalistische Aufgabe, wenn da stillschweigend als Prämissen unterstellt wird, daß es sich um zwei gleichwertige Produkte handelt, die verschieden dargestellt werden, und daß diese verschiedene Darstellung über den Verkaufserfolg entscheidet? Die öffentliche politische Dimension, nämlich die Verschiedenheit der Bewerber, die sich ja auch in der Reaktion auf sie äußert, wird systematisch ausgeblendet. So verkommt der Journalismus zur meinungslosen PR-Agentur.

Ferner: Auch wenn man unterstellt, daß der Unionskandidat tatsächlich schlechter behandelt wurde, so ist damit noch längst nicht bewiesen, welche Wirkung dies auf die Wähler hatte. Daß dies eine offene Frage ist, hat auch Frau Noelle-Neumann zugegeben, und auch Kepplinger hat diese Frage nicht beantwortet. Die Wirkungsforschung des Fernsehens steckt noch in den Kinderschuhen, und besonders dornig ist das Problem, welche Wirkung das Fernsehen auf das Wahlverhalten hat.

Ehrlicherweise muß man zugeben, daß sich nicht eindeutig beweisen läßt, durch das Fernsehen werde die Wahlentscheidung beeinflusst, allerdings ist auch das Gegenteil nicht beweisbar. Praktiker vermuten, die Fähigkeit eines Politikers, mit dem Medium Fernsehen umzugehen, sei viel wichtiger als die politischen Sympathien der Journalisten.

In gefährliches politisches Gelände wagt sich Kepplinger mit seiner These, die Fernsehjournalisten benutzten das Bild, um politische Meinung zu machen. Er vermutet, daß die Fernsehleute, in der Mehrzahl der Koalition zugehend, aber unter dem Gebot der Ausgewogenheit stehend, ihre politischen Sympathien im Bereich kontrollierbaren Bereich des gesprochenen Wortes nicht darstellen können und deshalb in den schwerer kontrollierbaren nonverbalen Bereichen ausweichen, um dort mit optischen Mitteln ihrer Meinung Ausdruck zu geben — gewissermaßen in einer Sklavensprache.

Dies ist eine ebenso interessante wie fragwürdige wissenschaftliche These, über deren Richtigkeit man lange streiten kann. Aber viel wichtiger und bedenklicher ist es, welche politischen Schlußfolgerungen daraus gezogen werden. Wird nun der öffentlich-rechtliche Kontrollmechanismus auch noch auf Kameraleute und Cutler ausgedehnt? Jetzt schon ist ja die journalistische Aufgabe des Fernsehens durch die neurotische Fixierung auf Ausgewogenheit in jedem Einzelfall empfindlich geschwächt. Wenn sich dieses Prinzip noch stärker durchsetzt, wird das Fernsehen am Ende journalistisch handlungsunfähig — sturmeif für eine parteipolitische Parteilierung nach öffentlich-rechtlichem oder nach privatem Muster.



Im Gegensatz zu den Unionsparteien hält sich die SPD mit Kritik am Fernsehen zurück

Aufnahme: J. H. Darchinger

Gerd Bucorius zu Fragen der Zeit

Leere Mattscheibe

Mittwoch, 19. Dezember, wollen Rundfunk und Fernsehen streiken — von 20 bis 24 Uhr. Das haben die im DGB organisierten Journalisten des Norddeutschen Rundfunks (NDR) beschlossen (die DAG-Organisierten sind gegen den Streik) — für die anderen Sender der ARD und das ZDF sollen die Journalisten am 13. und 14. Dezember urabstimmen. Nur von 20 bis 24 Uhr? Ja, um 20 Uhr endet die letzte Werbesendung; bei einem Streik vorher hätten die „Werbetenden“ nichts gezahlt, und auf diese schöne Einnahme wollen die Schlauberger nicht verzichten. Aber da haben sie sich wohl verrechnet. Denn: Wer sieht schon die Werbesendungen von 19.50 Uhr bis 20 Uhr, wenn ihn dann eine leere Mattscheibe verhöhnt? Das ZDF — letzte Werbung um 19.22 Uhr — kommt vielleicht noch eben davon; aber auch das ZDF

muß damit rechnen, daß die Werbetenden den Streik der Journalisten mit einem Streik der Zahlungen beantworten.

Ob der Streik rechtswidrig ist, schert inzwischen niemanden mehr so recht. Da gibt es an der Universität Frankfurt einen Arbeitsrechtler, Professor Manfred Weiss. Ob er einen Streik trotz der rechtlichen Zweifel mitmachen würde? Seine Antwort: „Ganz sicher... wenn dieser Streik als rechtswidrig angesehen würde, dann scheinen ja die Funkhäuser wohl kein Interesse daran zu haben, hier irgendwelche Sanktionen zu treffen... an Kündigungen und Schadensersatz und ähnliches braucht man nicht zu denken, meine ich.“

Da heißt es mal: „Recht ist, was dem Volke nützt.“ In Frankfurt heißt es jetzt: „Recht ist, wenn man gegen das Unrecht nichts tun kann.“